

AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL
Sitzung vom 2. Oktober 2014

Gesch. Nr. 009/14

16.04.21 Gemeindeorganisation; Motion

Motion Fabian Molina und Silvana Peier, beide SP/JUSO, betreffend Jugendmotion in Illnau-Effretikon / Begründung durch die Urheber und Nichtüberweisung / Substantielles Protokoll

[...]

5. GESCHÄFT-NR. 009/14

Motion Fabian Molina und Silvana Peier, beide SP/JUSO, betreffend Jugendmotion in Illnau-Effretikon

Gemeinderat Fabian Molina, SP/JUSO, und Silvana Peier, SP, reichen mit Schreiben vom 3. September 2014 folgenden Vorstoss ein:

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Grossen Gemeinderat die erforderlichen Rechtsgrundlagen vorzulegen, um in Illnau-Effretikon das Instrument der „Jugendmotion“ einzuführen.

Begründung

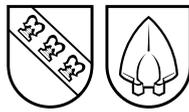
In den letzten Monaten wurde in den Medien eine intensive Debatte um die mangelhafte Beteiligung junger Menschen an den demokratischen Prozessen geführt. Auslöser war eine – wie sich nachhinein herausstellte – falsche VOX-Analyse über die Abstimmung vom 9. Februar, gemäss der sich nur 18 Prozent der Stimmberechtigten unter 30 Jahren am Urnengang beteiligten. Obwohl sich dieser Befund als falsch herausstellte, ist die Beteiligung junger Menschen an Abstimmungen tatsächlich systematisch unterdurchschnittlich. Die Politik muss deshalb dringend Massnahmen ergreifen, um demokratische Prozesse für junge Menschen besser erlebbar zu machen - Demokratie ist lernbar. Die politische Partizipation muss deshalb in einem frühen Stadium des Lebens verbessert werden.

Die Förderung der Partizipation von Kindern und Jugendlichen führt zu einem besseren Demokratieverständnis einer langfristigen Partizipationsbereitschaft und einem gesellschaftlichen Interesse und Engagement. Wenn Kinder und Jugendliche an der Entwicklung des Gemeinwesens teilnehmen können, wird das Vertrauen in den Staat und seine Institution und Mitsprachemöglichkeit frühzeitig erhöht. Ausserdem wird die Übernahme von Verantwortung erlernt und aus Trittbrett- werden Mitfahrer. Erfolgreiche Beispiele für die politische Partizipation von Kindern und Jugendlichen gibt es bereits in verschiedenen Schweizer Städten; Kinderparlament, Jugendmotion, Kinderbüro, Stadtdetektive, etc. Die Formen sind unterschiedlich, wichtig ist aber, dass die Partizipation keine Alibiübung bleibt, sondern wirksam ist.

Ein mögliches Mittel hierfür ist das Instrument der „Jugendmotion“, wie es beispielweise der Gemeinderat der Stadt Uster am 11. Februar 2013 per Motion deutlich einführte.

Wie könnte die Jugendmotion ausgestaltet sein?

Eine bestimmte Anzahl Kinder und Jugendliche eines noch zu bestimmenden Alterssegments mit Wohnsitz in der Stadt Illnau-Effretikon könnte dem Gemeinderat einen schriftliche Vorschlag (z.B. längere Badi-Öffnungszeiten, Graffitiwand, Verschönerung Schulhausplatz, bewachte Unterführung) einreichen. Der Ge-



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 2. Oktober 2014

meinderat könnte die Jugendmotion ablehnen oder an die zuständige Behörde überweisen. Diese hätte dem Gemeinderat innert einer gewissen Frist einen Beschlussesentwurf vorzulegen, über den der Gemeinderat endgültig zu entscheiden hätte.

Wie könnte das Vorgehen bei Überweisung der Motion „Jugendmotion in Illnau-Effretikon“ aussehen?

Mit der Überweisung der Motion wird der Stadtrat beauftragt in einem „Bericht und Antrag“ dem Grossen Gemeinderat die Rechtsgrundlage für einen „Jugendmotion“ vorzuschlagen, welche Auskunft über die Anforderung an die Motionäre (Alter, Wohnsitz, Nationalität, etc.) den Adressaten der Motion, den Behandlungsablauf und die Fristen.

Durch die Einführung der Jugendmotion soll die eher skeptische bis ablehnende Haltung der Kinder und Jugendlichen gegenüber der Politik aufgeweicht und die Interessen gefördert werden. Um die Jugendmotion aber auch zu nutzen, müssen die Kinder und Jugendlichen zuerst über ihre Mitwirkungsmöglichkeiten informiert werden.

Im Sekundarschulhaus Watt existiert ein SchülerInnen-Forum, welches sich wie ein Parlament zusammensetzt. Die Jugendmotion wäre ein mögliches Instrument, um diesem Forum mehr Gewicht und eine stärkere Stimme zu geben.

Des Weiteren sollte an der Schule diese Kenntnisse und Möglichkeiten während des Staatskundeunterrichts vermittelt werden.

Urheber: Gemeinderat Fabian Molina, SP/JUSO

Mitunterzeichnende: Gemeinderätin Silvana Peier, SP

FORMELLES

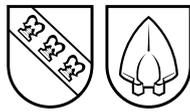
Der Vorstoss wurde von der Urheberschaft als Motion taxiert. Eine Überprüfung des Ratsbüros ergab, dass der Vorstoss die einschlägigen Vorschriften, wie sie an Motionen gemäss Art. 62 ff der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates GeschO GGR gestellt werden, einzuhalten vermag.

BEHANDLUNG IM RAT

Co-Motionärin Gemeinderätin Silvana Peier, SP, begründet die vorliegende Motion anhand des zugrunde liegenden Motionstextes.

In Anwendung von Art. 64 Abs. 4 der gemeinderätlichen Geschäftsordnung fragt *die Ratspräsidentin* den Stadtrat an, ob er bereit ist, die Motion entgegenzunehmen.

Namens des Ressorts Präsidiales gibt Stadträsident *Ueli Müller, SP*, bekannt, dass der Stadtrat es vorziehe, den Vorstoss in Form des Postulates entgegenzunehmen. Keine diesbezügliche Bereitschaft besteht bei Überweisung in Motionsbestand.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 2. Oktober 2014

Die Ratspräsidentin stellt fest, dass offensichtlich Diskussionsbedarf besteht. Im Sinne von Art. 64 Abs. 5 der Geschäftsordnung wird der folgenden Abstimmung der Ratsdebatte mit grossem Mehr stattgegeben.

Gemeinderätin Michèle Vögeli, spricht namens der JLIE/FDP-Fraktion. Diese erklärt sich nicht bereit, den Vorstoss – unabhängig dessen Form – dem Stadtrat zur weiteren Bearbeitung zu überweisen. Als Mitglied einer Jungpartei beurteile sie die allgemeine Situation weitgehend dahin, dass jugendliche Anliegen durchaus mit den bisherigen Instrumenten angehört und unterstützt werden.

Im Jugendhaus sammelte man im Rahmen des Projektes „Jugend mit Wirkung“ einige Erfahrungen. Die langwierigen Prozesse würden auf Jugendliche nicht motivierend wirken und so liess auch der erhoffte Erfolg schnell nach. Die verschiedentlich installierten Jugendparlamente landauf landab zeigen, dass die Lust und das Bedürfnis nicht genügend ausgewiesen und nicht von konstanter Dauer sind.

Ebenso sei das Instrument der Petition in Erinnerung zu rufen. Die „Bittschrift“ biete die Möglichkeit, alle Jugendlichen partizipieren zu lassen. Zudem hätte das Beispiel der Skateranlage in jüngster Vergangenheit gezeigt, dass es durchaus möglich sei, auch Parlamentarier und Parlamentarierinnen in ihrer Rolle als Volksvertretung in die Pflicht zu rufen und sie direkt für Anliegen zu kontaktieren. Die Jungparteien, wie sie die Jungliberalen Illnau-Effretikon auch eine ist, erfreuen sich über Zuwachs; die Mitwirkung ist auch schon unter dem Alter von 18 Jahren möglich. Man habe aber auch sonst ein offenes Ohr für Anliegen, ohne das Jugendliche zur Mitgliedschaft verpflichtet werden.

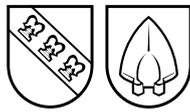
Der Vergleich mit der Stadt Uster hinke – Uster verfüge gegenüber der Stadt Illnau-Effretikon über nahezu mindestens doppelt so viele Einwohnerinnen und Einwohner und zeige damit auch eine andere Bevölkerungsstruktur als die hiesige Stadtgemeinde. Direkte Vergleiche und daraus gezogene Schlüsse treffen daher nicht in jedem Fall zu.

Michèle Vögeli schliesst ihr Plädoyer mit der Bitte, die Überweisung des Vorstosses nicht zu unterstützen. Vor allem auch vor dem Hintergrund, dass auch dieser Vorstoss die zusätzliche Bürokratie begünstige und Kosten in der Verwaltung generiere.

Gemeinderat Roger Miauton, SVP, meldet sich zu Wort. Die Teilnahme in der breiten Gesellschaft und auch die Partizipation an politischen Prozessen sind die Grundvoraussetzungen für das Zusammenleben in diesem Land. Im Gegensatz zur Staatsform der Diktatur und als Konträr zum Sozialismus bestimme die Gesellschaft die Regeln für das Zusammenleben, wobei die Familie zentral im Mittelpunkt stehe. Gerade im Familienverband können beispielsweise im Vorfeld zu Abstimmungen hitzige Diskussionen entstehen.

In der Volksschule soll in Würdigung dieser Aspekte wieder mehr Wert auf den Staatskundeunterricht gelegt werden. Das Erlernen von Fremdsprachen sei gut und recht – aber man brauche für den funktionierenden Staat auch ein Verständnis für das Funktionieren der Demokratie. Die Einführung einer Jugendmotion sei der falsche Weg. Es sei essenziell, dass die heutige Jugend nicht nur lerne, zu fordern, sondern auch aktiv lerne, sich zu beteiligen.

Schliesslich sollen Ausländerinnen und Ausländern nicht mehr Rechte eingeräumt werden als Schweizer Bürgerinnen und Bürgern. Zudem sei erwähnt, dass auch Minderjährigen gewisse Mitbestimmungsrechte offen stehen; sie können auch mit Petitionen um die Anhandnahme eines bestimmten Gegenstandes oder die Be-



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 2. Oktober 2014

seitigung einer bestimmten Situation ersuchen. Im Übrigen sei auch die Möglichkeit zur Kontaktaufnahme mit den Volksvertretern, welche im Parlament Einsatz nehmen, erwähnt.

Namens der SVP-Fraktion bittet Gemeinderat Roger Miauton um Nichtüberweisung des Vorstosses.

Co-Motionär Gemeinderat Fabian Molina, SP, signalisiert zu Beginn seine Votums Bereitschaft, den Vorstoss in die nächst schwächere Art des Postulates umzuwandeln, wobei der Stadtrat dann - wie im für Postulate üblichen Wortlaut - dazu eingeladen werde, den entsprechenden Sachverhalt zu prüfen.

Das Argument das Ausländerinnenstimmrecht ins Feld zu führen, so wie dies durch Gemeinderat Roger Miauton eben vorgetragen wurde, sei nicht zulässig.

Kinder und Jugendliche seien durchaus auch am lokalen Geschehen interessiert. Nur sei für sie die Hürde, sich zu beteiligen derart hoch, dass man sich im jungen Alter gemeinhin noch nicht traue, sich politisch zu engagieren und sich mit entsprechenden komplexen Fragen auseinanderzusetzen. Darum sei es umso wichtiger, diese Prozess laufend zu erlernen. Das Instrument der Jugendmotion biete die optimale Gelegenheit, politische Vorgänge zu veranschaulichen. Sie würden so massvoll zum Fördern – aber auch zum Fordern – beitragen.

Gemeinderat Fabian Molina ersucht das Plenum, den nun gemilderten Vorstoss in Form des Postulates zu überweisen.

Protokollarischer Eintrag:

Der Wortlaut würde dem Sinne nach wohl wie folgt umformuliert werden:

URSPRÜNGLICHER MOTIONSTEXT:

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Grossen Gemeinderat die erforderlichen Rechtsgrundlagen vorzulegen, um in Illnau-Effretikon das Instrument der „Jugendmotion“ einzuführen.

NEUER POSTULATSTEXT:

Der Stadtrat wird eingeladen, dem Grossen Gemeinderat die erforderlichen Rechtsgrundlagen vorzulegen, um in Illnau-Effretikon die Einführung das Instrument der Jugendmotion zu prüfen.

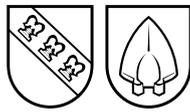
Gemeinderat Andreas Hasler, GLP, bemüht die Kantonsverfassung, welche in Art. 39 unter Titel „E. Demokratisches Engagement“ folgendes festhält:

E. Demokratisches Engagement

Demokratisches Engagement

- ¹ Kanton und Gemeinden unterstützen das demokratische politische Engagement.
- ² Politische Parteien sind wesentliche Träger der Demokratie und wirken bei der Meinungs- und Willensbildung der Stimmberechtigten mit.
- ³ Kanton, Gemeinden und politische Parteien tragen zur Vorbereitung der Jugendlichen auf die Mitwirkung und Mitverantwortung in Staat und Gesellschaft bei.

Es mag sein, dass der Titel „Jugendmotion“ falsche Absichten oder Hintergründe suggeriere; allenfalls wäre die Bezeichnung „Jugendvorstoss“ treffender gewählt. Auf jeden Fall würde ein solches Instrument einiges dazu beitragen, Jugendliche in das doch eher komplex anmutende System einzubinden.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 2. Oktober 2014

Gemeinderat Hasler geht auf die einzelnen vorgebrachten Argumente ein. Nehme man das mangelnde Interesse als Mass, so könne man die Demokratie auch gleich abschaffen. Gegen die Nichtbeteiligung kämpfe man in sämtlichen Bereichen, zwar bilden die hier im Rat vertretenen Personen eine Ausnahme – sie stellen aber eine Minderheit dar. Das Beispiel der Mobilisation rund um die Entstehung zum Vorstoss „pro Skateranlage“ sei zwar lobenswert, könne aber mitunter auch zur sogenannten „Lehnstuhldemokratie“ führen. So werden Jugendliche nicht sehr stark gefordert, wenn andere stellvertretend ihre Ideen umsetzen sollen. Die Jugendlichen sollen aktiv in Überlegungs- und Formulierungsprozesse eingebunden werden.

Der Vergleich mit der Stadt Uster wurde in einem Votum kritisch hinterfragt. Nur: Weshalb soll eine doppelt so grosse Stadt so anders funktionieren als eine Stadt wie sie Illnau-Effretikon von der Grössenordnung her eine sei?

Die Grünliberale Partei in Uster habe – wie im Übrigen viele andere Fraktionen und Mitglieder – den dortigen Vorstoss mitunterzeichnet und mit ihrer Zustimmung dazu beigetragen, dass ein ähnliches Ansinnen dem Stadtrat überwiesen wurde. Dies sei vor allem jenen Mitgliedern im Saal gesagt, die nun im Folgenden dieses Postulat nicht unterstützen werden. Deren Parteikollegen hätten unweit von hier im „grösseren Dorf“ der Sache durchaus positiv gegenüber gestanden.

Was den sprachlichen Mangel bzw. die untreffende Bezeichnung des Vorstosses angehe, so liesse sich hier die liberale Ader seiner Partei erkennen. Schon der seinerzeitige Vorstoss des ehemaligen Gemeinderates Urs Käppeli, parteilos, zum Solarkataster oder der Vorstoss des früheren Ratsmitgliedes Stephan Thalman, FDP, zum verdichteten Bauen waren sprachlich nicht über jeden Zweifel erhaben und eher unglücklich formuliert, um dies an dieser Stelle freundlich auszudrücken.

Dennoch werde die Fraktion die Überweisung des Vorstosses unterstützen.

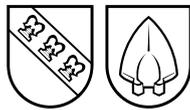
Gemeinderat Daniel Hari, EVP, gesteht ein, dass er zu Beginn ähnlich zur Sache gedacht habe wie Ratskollegin Michèle Vögeli. Er konnte ihre Gedankengänge sehr gut nachvollziehen. Bei näherer Betrachtung muss er nun aber auch der Urheberschaft die Berechtigung des Vorhabens zugestehen.

Es sei nunmal einfach schon grundsätzlich und vom Sinne her nicht gut, wenn man vorschnell urteile und dem Vorhaben wenig Erfolg beimesse. Es entstehe kein „Wahnsinnsaufwand“ für ein Instrument, welches gewinnbringend im Staatskundeunterricht eingebaut werden könnte. Es biete sich hier eine einmalige Chance. Die EVP-Fraktion wird die Überweisung des Vorstosses – ungeachtet dessen Form – unterstützen.

Gemeinderat Peter Stiefel, FDP, fühlt sich „provoziert“, ebenfalls zum Rat zu sprechen. Er habe zwar ein Herz für merkwürdige und komisch anmutende Vorstösse – diesen nun aber auch noch durchzuwinken, das gehe nicht an.

Warum brauche es für jede Interessensgruppe ein gesondertes Vorschlagsrecht, das durch einen Vorstoss initiiert werde? Nächstens sei auch noch mit Motionen für Holzarbeiter, Festwirtschaften, Frauen und Männer usw. zu rechnen. Das Parlament sei von seiner Funktion her nicht als Fördergremium zu verstehen, das ein „Jekami“ produziere.

Es bestehen verschiedene, andersartige Instrumente und Möglichkeiten, politisch aktiv zu werden. Letzten Endes seien auch die gewählten Volksvertreterinnen und Volksvertreter in diesem Kreise da, Ideen von aussen einzubringen, Anregungen in politischen Vorstössen zu formulieren, sie zu diskutieren und durchzubringen.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 2. Oktober 2014

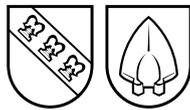
Im Übrigen stehe es den Stimm- bzw. Wahlberechtigten offen, Mitglied in diesem „Club“ zu werden. Die eine oder andere Partei sei bestimmt froh, wenn sie ihre Listen noch mit potenziellen Kandidatinnen und Kandidaten füllen können.

Die FDP/JLIE-Fraktion liesse sich in ihrer Haltung zu diesem Vorstoss nicht umstimmen und werde die Überweisung ablehnen.

Gemeinderat Daniel Nufer, SP, spricht aus der Sichtweise eines langjährigen Betroffenen, der sich oft mit dieser Thematik im Rahmen seiner Tätigkeit als ehemaliger Sekundarlehrer konfrontiert sah. Im Geschichts- und Staatskundeunterricht gestaltete es sich zuweilen als mühsam, die Jugendlichen zur aktiven Teilnahme zu motivieren. Das Interesse stieg meist dann, wenn praktische Bezüge zu den Vorgängen hergestellt werden konnten. Besuche im Kantons- oder Bundesparlament leisteten hier einen wertvollen Beitrag. Auch auf Abstimmungen hin wurden die einzelnen Vorlagen, die dem Stimmvolk unterbreitet wurden, detailliert im Klassenverband besprochen, sodass doch der eine oder andere Schüler Interesse an diesen Sachfragen zeigte.

Um einen lebhafteren Unterricht zu gestalten, wäre es deshalb auch für die Lehrpersonen ein dankbares Mittel, um im Klassengremium einen solchen Vorstoss 1:1 zu erarbeiten und dabei mitzerleben, welche Wege das Geschäft nimmt.

Die Ratspräsidentin stellt die Erschöpfung der Diskussion fest und schreitet zum Abstimmungsvorgang.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL
Sitzung vom 2. Oktober 2014

ABSTIMMUNG

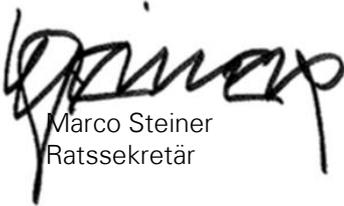
DER GROSSE GEMEINDERAT

BESCHLIESST:

1. Der von der Motion in ein Postulat gewandelte Vorstoss „Fabian Molina und Silvana Peier, beide SP/JUSO, betreffend Jugendmotion in Illnau-Effretikon“ wird dem Stadtrat nicht zur Beantwortung überwiesen.
2. Der Vorstoss wird sodann als erledigt abgeschrieben und entfällt damit der Pendenzenliste.
3. Gegen diesen Beschluss ist das Referendum ausgeschlossen.
4. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - Abteilung Präsidiales (Geschäftsakten).

Der Nichtüberweisungsbeschluss kam mit einem Stimmenverhältnis von 12:21 Stimmen zu Stande.

Grosser Gemeinderat Illnau-Effretikon



Marco Steiner
Ratssekretär

Versandt am: 03.10.2014
ms